Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 27,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 81,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 40,00 M. Einzelnummer 1,50 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Nonpareillezeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 2 M.

Nr. 149 | Dresden, Donnerstag den 29. Juni 1922 | 33. Jahrg.

Eine Reichstagsauflösung unvermeidlich?

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 29. Juni. Die augenblickliche parlamentarische Lage läßt eine Auflösung des Reichstages schon in der allernächsten Zeit als sehr nötig erscheinen. Vor allem handelt es sich bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten um die Preisfrage für das Umlagegetreide. Bekanntlich haben sämtliche bürgerlichen Parteien einen Getreidepreis festgesetzt, dessen Verwirklichung die Heraufsetzung des Brotpreises auf 40 Mark bedeuten würde. Mit einer solchen Erhöhung des Brotpreises wird und kann sich die Sozialdemokratie nicht abfinden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwoch abend mit der augenblicklichen Situation und war überwiegend der Auffassung, daß eine Verständigung nicht mehr zu erzielen sei und die Reichstagsauflösung damit unvermeidlich sein wird.

Zu den Schwierigkeiten in der Getreideumlage kommen weitere in bezug auf den Gesetzentwurf zum Schutz der Republik. Der Gesetzentwurf, der inzwischen das Reichskabinett passiert hat, sieht in seinem Kernpunkt eine Verfassungsänderung vor. Hierzu ist bekanntlich eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag notwendig, die zu erlangen selbst noch schwierig ist, wenn die Unabhängigen und Kommunisten für den Gesetzentwurf stimmen.

Ein Arbeitsprogramm

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afa-Bund, die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen und der Kommunisten haben ein gemeinsames Programm zum Schutz der Republik aufgestellt und unterzeichnet. Das ist eine Tatsache, deren politische Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden kann und deren Tragweite heute noch gar nicht zu übersehen ist.

Das gemeinsame Programm stellt keine übertriebenen Forderungen. Die unabhängige Leipziger Volkszeitung hat am letzten Montag in einem viel beachteten Artikel gefordert, daß die Unabhängigen in die Regierung eintreten und sich mit den Sozialdemokraten wieder vereinigen sollten. Es könne sich in der gegenwärtigen Situation, so wurde weiter ausgeführt, nicht darum handeln, besonders radikal klingende Forderungen aufzustellen, sondern das Ziel müsse sein, das unbedingt Notwendige festzustellen und daran unerschütterlich festzuhalten. Nach diesem Rezept ist verfahren worden. Man hat ein durchaus realpolitisches Programm zum Schutz der Republik aufgestellt und sich auf dessen Durchsetzung verpflichtet. Man hat gleichzeitig an die gesamten Arbeitnehmer die Forderung gerichtet, absolute Einigkeit und geschlossene Disziplin zu halten. Unterzeichnet ist dieses Schriftstück auch vom Vorstand der K. P. D.

Nimmt man dieses Schriftstück überall so ernst, wie wir es nehmen, dann muß die gegenseitige Bekämpfung der Arbeiterparteien aufhören. Die Sozialdemokratische Partei ist gern bereit, sich daran zu halten, sie hat schon seit längerer Zeit danach gehandelt. Denn sie hat im Kampf gegen rechts so viel zu tun, daß sie nur froh sein kann, wenn sie nach links die Hände frei bekommt. Einstellung der Kämpfe zwischen den Arbeiterparteien war schon für alle Verständigen erkennbar das Gebot der Stunde, als die Sozialdemokratie ihren großen Kampf um die Getreideumlage, d. h. um den Brotpreis, begann, und dabei die Parole der Reichstagsauflösung in die Debatte warf. Absolute Einigkeit und geschlossene Disziplin sind noch mehr zum Gebot der Stunde geworden durch das furchtbare Ereignis des 24. Juni, das ganz Deutschland aufs tiefste erschütterte und ihm den Abgrund zeigte, vor dem es steht. Der Kampf gegen die meuchelmörderische Monarchistenbewegung muß in einheitlicher Front geführt werden. Wer diese Front stört, lädet die allerschwerste Verantwortung auf sich.

Unabhängige und Kommunisten haben erkannt, daß sich die Republik in einem Entscheidungskampf gegen die Reaktion befindet, und sie haben sich entschlossen, die bestehende Staatsordnung gegen den gewaltsamen Umsturzversuch von rechts mit verteidigen zu helfen. Dieser Entschluß kommt bei den Unabhängigen längst nicht mehr überraschend. Viel eher kann es Verwunderung erregen, daß auch die Kommunisten ihm beigetreten sind. Indes hat schon in der Reichstagsdebatte über die Ermordung Erzbergers die Rednerin der Kommunisten, Klara Zetkin, erklärt, wenn es gelte, die demokratische Republik gegen die Anschläge von rechts zu verteidigen, seien auch die Kommunisten mit dabei.

Grundsätzlich bleiben die Kommunisten bei der Ansicht, daß eine Räterepublik gegenüber der demokratischen Republik einen Fortschritt bedeute. Wir sind bekanntlich der umgekehrten Meinung und der Ueberzeugung, daß es für die Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus einen günstigeren Boden als den der Demokratie nicht gebe. Aber nicht darum kann es sich in diesem Augenblick handeln, über das theoretische Problem der Räterepublik tiefgründige Erörterungen zu führen, sondern es kommt darauf an, das, was wir haben und was wir gegen den Ansturm von rechts unter allen Umständen zu halten gewillt sind, die demokratische Republik, zu verteidigen. Wenn diese Verteidigung in geschlossener Front möglich wird, so kann eine solche Entwicklung von niemand mehr begrüßt werden als von der Sozialdemokratischen Partei.

Das in Form eines Aufrufs gekleidete Programm der Gewerkschaften und der politischen Parteien richtet an alle republikanisch gesinnten Organisationen die Aufforderung, sich seinen Forderungen anzuschließen und auch ihre Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen. Zentrum und bürgerliche Demokratie haben sich in der Debatte über den Mord an Rathenau mit großer Deutlichkeit als republikanische Organisationen bekannt. An sie richtet sich daher auch diese Aufforderung. Wer die gegebenen Verhältnisse mit realpolitischem Blick betrachtet, der weiß, daß ohne die Hilfe des Zentrums und der bürgerlichen Demokratie ein Gesetz, wie das verlangte, nicht durchzusetzen ist. Die politischen Arbeiterparteien haben im Reichstag noch nicht einmal die einfache Mehrheit. Um das geforderte Gesetz, das eine Verfassungsänderung in sich schließt, durchzusetzen, bedarf es aber einer Zweidrittelmehrheit. Die Kräfte müssen also aufs schärfste zusammengehalten werden, zumal die Rechtsparteien schon ungefähr über ein Drittel des Reichstages verfügen, ein geringer Zuzug es ihnen also schon ermöglichen würde, die ganze Vorlage zu werfen. Auch die Reichstagsauflösung könnte an diesem Ergebnis nichts ändern, wenn nicht Zentrum und Demokratie aus ihm zahlenmäßig angeschwächt und radikalisiert, die Rechtsparteien zahlenmäßig gestärkt hervorgingen, denn daß bei Neuwahlen die politischen Arbeiterparteien gleich die Zweidrittelmehrheit erlangen könnten, wo sie heute noch nicht einmal die einfache Mehrheit sind, ist nicht zu denken.

Um das Programm der Arbeiterschaft durchzusetzen, bedarf es also des einigen Vorgehens aller Beteiligten und einer Verbindung von höchster Energie mit größter taktischer Geschicklichkeit. Zunächst werden sich aber die Regierung und die bürgerlichen Koalitionsparteien klar darüber sein, daß die gesamten gewerkschaftlichen und politischen Arbeiter- und Angestellten-Organisationen eine ganz gewaltige Macht darstellen und daß es diese Macht ist, auf deren Schultern vor allem die deutsche Republik ruht. Man muß darum verlangen, daß das Programm der Arbeiterschaft als das erkannt wird, was es ist: als die Forderung der republikanisch gesinnten Massen an die Regierung und den Reichstag der Republik. Wollte man diese Forderungen mißachten, so würde man damit schweres Verhängnis über die deutsche Republik heraufbeschwören.

•

Dieser Bericht unseres Berliner Pressedienstes umschreibt gleichzeitig den Umfang und den Inhalt der Verhandlungen, die zwischen den sozialistischen Parteien stattgefunden haben. Es bestätigt die Meldung, die gestern in der hiesigen Unabhängigen Volkszeitung zu lesen war: „Die Zeitungsnachrichten über Verhandlungen zwischen der S. P. D. und U. S. P. wegen einer Verschmelzung der Parteien sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Ebensowenig hat die U. S. P. bisher mit irgendeiner andern Organisation wegen des Eintrittes der U. S. P. in die Regierung verhandelt.“

Offener Brief an die Deutschnationale Volkspartei

Zur Veröffentlichung geht uns folgender Brief zu:

Wenn ich diese Zeilen der Oeffentlichkeit unterbreite, so erkläre ich gleichzeitig, daß ich die volle Verantwortung für die darin behaupteten Tatsachen übernehme und bereit bin, diese Behauptungen vor Gericht zu verantworten.

Der deutschnationale Fraktionsführer, Staatsminister a. D., Hergt, gebrauchte in dem Aufrufe an die Mitglieder seiner Partei die Worte: „Die Einigkeit unsrer Partei und die Heiligkeit unsrer Ziele machen es uns zur gebieterischen Pflicht, unsern Namen reinzuhalten und über die Reinhaltung unsrer Partei mit allen Mitteln zu wachen.“ Angesichts dieser großen Geste, Herr Minister, fühle ich mich verpflichtet, die Oeffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß die Deutschnationale Volkspartei in Wirklichkeit eine Partei ist, die politische Verbrecher unterstützt, ja nicht davor zurückschreckt, politische Aemter in straffälliger Weise zu mißbrauchen. Ich tue das selbst auf die Gefahr hin, einem „Selbstmord“ oder einem „Unglücksfall“ ausgeliefert zu werden, aus dem reinen Bestreben heraus, bei der Reinigung des rechtspolitischen Sumpfes meine Pflicht zu tun. Es mag sein, daß meine Bekundungen in seltsamem Kontrast Ihrer Behauptungen stehen. Ihre Partei hat mit Verbrechern und Mordbuben nichts gemein, doch es wird Ihnen schwer fallen, die restlose Wahrheit meiner Behauptungen zu widerlegen.

Nun zu den Tatsachen: Im Jahre 1919 wurde in Halle a. S. anläßlich der Märzunruhen der Kommunistenführer Mesebergs erschossen. Der Fähnrich Aurel v. Petersdorff, die Freiwilligen Fritsche, Henseling und ich wurden wegen des Verdachtes, den Mord an Mesebergs begangen zu haben, am 23. März 1919 im Edenhotel zu Berlin, wo ich damals bei der Garde-Kavallerie-Schützendivision stand, verhaftet. Das Verfahren gegen uns mußte jedoch eingestellt werden und wurde lediglich gegen den Streifenführer Leutnant Hubertus alias Roth weitergeführt, der jedoch ins Ausland, wie es heißt nach Argentinien, flüchtete. Ich wurde am 27. April 1921 bedingt begnadigt. Die Mittel für unsre Verteidigung in der Angelegenheit Mesebergs wurden uns von der Deutschnationalen Volkspartei durch den Rechtsanwalt Hirsch, Halle a. S., Rathausstraße 9, zur Verfügung gestellt. Herr Hirsch ist

eingeschriebenes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und zugleich Rendant der Geheimorganisation C,

die damals noch den Namen „Geheimorganisation der Garde-Kavallerie-Schützendivision“ führte. Leiter dieser Organisation war Oberleutnant Franz, der merkwürdigerweise im Kriegsgerichtsprozeß wegen der Ermordung Karl Liebknechts und der Frau Rosa Luxemburg die Würde eines Zeugen verriet. Nach meiner Begnadigung 1921 meldete ich mich bei der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, wo ich von den Herren General v. Gallwitz und Major a. D. Denning herzlich begrüßt wurde, ja, man überreichte mir sogar für mich in der Fraktion gesammelte Gelder (ungefähr 300 M.). Beide rieten mir, nach München zu fahren und mich bei Rechtsanwalt Müller zu melden, in dessen Bureauräumen auch die Geheimorganisation C untergebracht war. Ich traf aber nicht den eigentlichen Leiter der Organisation, den inzwischen „berühmt“ gewordenen Kapitänleutnant Killinger, an, sondern dessen Stellvertreter Oberleutnant v. Kornalewski, der mich dazu überredete, der Geheimorganisation beizutreten, was ich auch tat. Nunmehr fuhr ich nach Berlin zurück und wurde von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Jandrey der Arbeitsgemeinschaft Müller zugewiesen, die damals „Landarbeit“ in Pommern verrichtete, später Oberschlesien unsicher machte. In dieser Zeit trat die Partei durch den Rechtsanwalt Hirsch in Halle a. S. brieflich an mich heran und forderte mich auf, ich sollte ins Ausland gehen, um die Rückkehr des in der Mordsache Mesebergs flüchtigen Leutnants Hubertus zu ermöglichen, d. h. dessen Schuld auf mich zu übernehmen. Falsche Papiere und Geld würden mir zur Verfügung. Ich hatte dazu keine Lust, als man mir andeutete, es könne mir von „kommunistischer Seite“ nach meinem Leben getrachtet werden, ging ich zähneknirschend darauf ein, fuhr aber nach Schweidenstiel, wo ich mich beim Verband nationalgesinnter Soldaten meldete. Von diesem Verbande sowie

von dem dortigen Vorsitzenden der Deutschnationalen, Studienrat Dr. Böckler,

wurde ich mit Geld unterstützt und zu Baron v. Knigge Grünau, Kreis Flatow in Westpreußen, geschickt. Baron von Knigge nahm mich drei Wochen lang auf und stellte mir in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher eine Reihe gefälschter Papiere (Ausweis mit Lichtbild, Invalidenkarte, Abmeldung, Arbeitsbescheinigung, polizeiliches Zuzugszeugnis) aus, die er mit den amtlichen Stempeln und seiner Unterschrift versah. Diese Papiere liegen jetzt noch bei meinen Akten der Schutzpolizei zu Recklinghausen i. W., deren Beschlagnahme inzwischen verfügt ist. Der Gutsverwalter des Barons, Fritsche, kann bezeugen, daß der Baron zu diesem Zwecke die Stempel und Vordrucke aus dem Amtszimmer holte, wobei Fritsche noch bemerkte: „Hier kann sich mancher verstecken, der gesucht wird, hier ist alles da!“ Nachdem mir Baron v. Knigge noch 1000 M. ausgehändigt hatte, fuhr ich nach Halle a. S., wo ich mich zur Empfangnahme weiterer Gelder bei dem Rechtsanwalt Hirsch einfinden sollte. Hirsch gab mir eine Zahl M. unter der Bedingung, ins Ausland zu gehen, um Schwierigkeiten in der Heimat frei zu machen. Ich fuhr jedoch nach Berlin, wo ich mich bei dem mir schon vom Erdingter der erwähnten Landarbeit Bekannten in der Neuen Wannitzstraße. Charlottenburg, meldete, der mir einen geschlossenen Brief übergab mit der Anweisung, mich mit diesem Briefe bei der Schutzpolizei Recklinghausen vorzustellen. Ich fuhr nach Recklinghausen und wurde sofort bei der dortigen Schutzpolizei in die erste Hundertschaft unter meinem falschen Namen und mit den von Baron v. Knigge gefälschten Papieren eingestellt. Als nun der Kommandeur C., von allem Kenntnis erhielt, München, wieder an mich wandte, und Arbeit politischer Erkundungen usw., von mir verlangte, ging ich heimlich von Recklinghausen fort. Als ich wieder nach Berlin kam, wurde ich hier von dem Fähnrich Moser, Sohn eines Gefängnis-Direktors aus Tegel oder Plötzensee, bei der Garde-Kavallerie-Schützendivision her kannte, wieder zu mehreren Sitzungen der Geheimorganisation geschleift, über die ich in den nächsten Tagen noch besonders berichten werde, habe aber keinerlei Aufträge mehr angenommen.

Zum Schluß möchte ich noch feststellen, daß ich nicht nur von der Deutschnationalen Fraktion des Reichstages, sondern auch von der Fraktion der gleichen Partei des Preußischen Landtages durch die Vermittlung des deutschnationalen Abgeordneten für den Wahlkreis Merseburg, Rektor Louis Herrmann (Friedersdorf) unterstützt worden bin. Dieser selbe Abgeordnete sagte mir, daß ich bei Hirsch, Halle a. S., noch weitere und größere Summen erhalten könne. Ferner habe ich mir im Bureau der Deutschnationalen Partei in der Bernburger Straße bei Herrn Hauptmann Schnorrenpfeil Geld abgeholt.

Sollten Sie, Herr Staatsminister a. D. Hergt, an diesen Tatsachen noch nicht Genüge finden, so bin ich gern bereit, Ihnen noch weitere Personen Ihrer Partei zu nennen, welche rechtsbolschewistische Verbrecher mit Vorliebe unterstützen.

In gebührender Hochachtung
Fritz Claus, Zeitz, z. Zt. Berlin.

•

Wir sind sehr neugierig, was die Leitung der Mörderpartei und die Rechtspresse auf diesen offenen Brief zu erwidern haben.

Einer der Mörder verhaftet!

Briefe Helfferichs, Westarps und Ludendorffs

Berlin, 29. Juni. Einer der Rathenaumörder, der 21jährige Ernst Werner Techow, ist in der Nähe von Halle, wohin er bekanntlich am Sonntag abreiste, verhaftet worden. Zur Vorgeschichte der Verhaftung erfahren wir: Der Kriminalpolizei in Berlin war es gelungen, in Berlin einen gewissen Günther festzunehmen, der an der Vorbereitung der Mordtat hervorragend beteiligt war. Dieser Mann hat die Mörder bei der Polizei denunziert. Bei Günther wurden Briefe von Helfferich, Westarp und Ludendorff vorgefunden, die auf politische und gesell-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220629/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG